
These 1

Die Vorgänge im Herbst 1989 waren revolutionärer Natur. Sie fanden ihre Ursache im ökonomischen, politischen und moralischen Bankrott des totalitären SED-Regimes. Erstmals bei den gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 war die Krise öffentlichkeitswirksam erkennbar. Es war eine friedliche Revolution, getragen von dem Ruf „Keine Gewalt“ und von der Macht der Worte und der Kerzen. Die Mächtigen waren ohnmächtig, die Unterdrückten wurden mächtig. Der Freiheitsrevolution im Herbst 1989 folgte 1990 die Einheitsrevolution – die erste erfolgreiche friedliche Revolution.

— . — . —

Eine Revolution stürzt das SED-Regime

Eckhard Jesse

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist voller Brüche: 1918 brach das autoritäre Kaiserreich zusammen, und die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, entstand; 1933 kam der Nationalsozialismus an die Macht (mehr „Machtübertragung“ als „Machtergreifung“); das „Tausendjährige Reich“ verschwand 1945 – nach zwölf Jahren blutiger Diktatur – von der politischen Bildfläche. Ein Dezennium vor dem Jahr 1989, das in vielfacher Hinsicht zugleich eine Wendezeit einleitete wie eine Zeitenwende, deutete so gut wie nichts auf die historischen Vorgänge hin, die in ihrer Wirkung etwa denen des Revolutionsjahres 1789 entsprachen.

Die beiden großen politischen Lager schienen gefestigt, und aufgrund des atomaren Patts sah kaum jemand eine

realistische Möglichkeit, die Blockkonfrontation infrage zu stellen. Zwar hatte der Kalte Krieg an Brisanz verloren, doch der Ost-West-Konflikt war weiterhin eine Konstante der „großen Politik“. Linksintellektuelle befürchteten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine konservative „Tendenzwende“. Hingegen war die Angst vor der vielfach als friedliebend geltenden Sowjetunion verblasst, Äquidistanz gegenüber den „Supermächten“ verbreitet. Ende des Jahres 1979 spitzte sich die weltpolitische Lage durch den NATO-Doppelbeschluss und die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan bedenklich zu; Beobachter sahen einen neuen „Kalten Krieg“ am weltpolitischen Horizont aufziehen. Die Regierung Kohl setzte den Beschluss zur Stationierung der Mittelstreckenraketen um und demonstrierte so die Standfestigkeit des Westens gegenüber dem Kommunismus.

Im Herbst 1989 wurde das SED-Regime gestürzt, das in einem Teil Deutschlands seine Herrschaft errichtet hatte. Der Umbruch in der DDR verlief so überraschend wie abrupt: In den 1980er Jahren begannen sich einerseits einige „Bruderstaaten“ – mit Polen an der Spitze – gegenüber der Sowjetunion aufzulehnen. Und diese vollzog andererseits in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts unter Michail Gorbatschow, nicht zuletzt bedingt durch ein sich abzeichnendes wirtschaftliches Desaster wie durch sicherheitspolitische Überlegungen, allmählich einen Kurswechsel, der eine politische Lockerung herbeiführte. Diese Liberalisierung im Innern bewirkte eine nachlassende Disziplin der Satellitenstaaten.

Das galt nicht für den anderen deutschen Staat. Der „Sozialismus in den Farben der DDR“, so Erich Honecker Ende 1988, entfaltete allerdings keine Anziehungskraft. Im Gegenteil: Das ökonomisch weitgehend marode System stand vor dem Bankrott. Dies hinderte Honecker aber nicht daran, im Januar 1989 offensiv die Beibehaltung der Mauer

zu verteidigen: „Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“ Kritiker Honeckers pflichteten ihm in der Diagnose bei. Ein Zusammenbruch des Kommunismus schien nicht bevorzustehen.

Die Krise des Systems offenbarte sich einer größeren Öffentlichkeit schlagartig nach den Kommunalwahlen. Der 7. Mai 1989 ist eine der Wegmarken für die friedliche Herbstrevolution – weniger durch das Ereignis an sich als durch die Folgen. An diesem Tag fanden Kommunalwahlen in der DDR statt. Die offizielle Lesart: 98,85 Prozent stimmten für die Kandidaten der „Nationalen Front“. Die Bekanntgabe des „Ergebnisses“ löste erhebliche Proteste aus. Was bei der Volkskammerwahl 1986 gescheitert war, gelang Repräsentanten der Bürgerrechtsgruppen in Ost-Berlin und einigen anderen Städten sowie Ausreisewilligen: Sie hatten sich zusammengefunden, den Auszählungen in den Wahllokalen beigewohnt, etwa 10 bis 15 Prozent Gegenstimmen festgestellt und dies publik gemacht.

Der Unmut artikulierte sich angesichts der vielfältig angespannten Situation stärker als früher auch an der Wahlurne. In Polen, Ungarn und selbst in der Sowjetunion waren Reformen zur Revision der bisherigen Wahlpraxis beschlossen worden. Gewiss, die Wahlen ohne Auswahl in der DDR (der Volksmund sprach von „Falten gehen“) stellten ohnehin eine Farce dar. Aber jetzt ließ sich der Nachweis führen: Die Scheinwahlen werden gefälscht, um zu dem berüchtigten 99-Prozent-Ergebnis zu gelangen. Das war nach dem DDR-Strafgesetzbuch verboten.

Durch die Aktionen der Bewegung zur Kontrolle des Wahlausgangs und dann zur Anprangerung der Wahlfälschung entstand für die SED-Führung ein heikles Thema, das selbst systemkritische Kreise lange vernachlässigt hatten; es stieß auf große Resonanz in der gesamten Bevölkerung. Das war zuvor bei vielen Bestrebungen alternativer

Kräfte, die unter dem schützenden Dach der Kirche eine Art „dritter Weg“ für die DDR vorsahen, nicht immer der Fall. Hinfort gingen Bürgerrechtler über eine systemimmanente Kritik an der Wahlfälschung hinaus. Die Vernetzung der systemkritischen Kräfte beschleunigte sich nach und wegen der Kommunalwahl; die Radikalität der Forderungen nahm zu. Die evangelische Kirchenleitung schloss sich in höflicher Form dem Protest an. Die Wahlfrage geriet zur Machtfrage.

Bürgerrechtler verfassten gegen die Fälschung der Wahlen Eingaben, erstatteten Strafanzeigen, gründeten eine „Koordinierungsgruppe Wahlen“ und publizierten einen Monat nach der Kommunalwahl eine Dokumentation unter dem Titel „Wahlfall 89“. An jedem Siebten eines Monats fanden nun auf dem Berliner Alexanderplatz unter der Weltzeituhr (mehr oder weniger schnell aufgelöste) Protestkundgebungen „feindlich-negativer Kräfte“, so der Jargon der SED, gegen die Wahlfälschung statt, ebenso in Leipzig und einigen weiteren Städten. Egon Krenz, als Vorsitzender der zentralen Wahlkommission verantwortlich für die Wahlfälschungen, goss Öl ins Feuer, als er die blutige Niederschlagung der Studentenunruhen durch die chinesischen Kommunisten im Juni 1989 öffentlich rechtfertigte.

Durch den Abbau der ungarischen Grenzbefestigungen gegenüber Österreich im Mai 1989 entstand zwischen beiden Ländern eine „grüne Grenze“, auch wenn Ungarn DDR-Bürger zunächst am Verlassen des Landes gehindert hatte. Am 11. September schließlich, einem Schlüsseldatum, ließ Ungarn die Fluchtwilligen über Österreich in die Bundesrepublik ausreisen. Flüchtlinge, die sich in den bundesdeutschen Botschaften Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei aufhielten, gelangten durch Absprachen hinter den Kulissen ebenfalls in die Freiheit. Diese Fluchtwelle zog eine friedliche Demonstrationswelle der Zurückgebliebenen nach sich. „Wir wollen raus“ wurde bald über-

lagert von Stimmen, die „Wir bleiben hier“ riefen. Beide Entwicklungen – die Flucht- und die Demonstrationsbewegung – lähmten das hilflos reagierende Regime, an dessen Spitze mit Erich Honecker ein kranker und alter Mann stand, und brachten es zum Einsturz. Horst Sindermann, damaliger Volkskammerpräsident, hat später festgestellt: „Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Die Feiern zum vierzigjährigen Gründungstag der DDR am 7. Oktober in bewährter Form mit großer Militärparade offenbarten eine gespenstische Atmosphäre. „Drinne“ wurde pompös gefeiert, „draußen“ friedlich protestiert. In der Folge eskalierte die öffentliche Unzufriedenheit zusehends. In Dresden begann am 8. Oktober nach Tumulten ein „Dialog“ zwischen der Staatsmacht und Bürgern („Gruppe der 20“). Am 9. Oktober demonstrierten in der „Heldenstadt“ Leipzig etwa 70.000 Menschen für einen „friedlichen Dialog“. Die Sicherheitskräfte hielten sich zurück. Damit war klar: Das Militär wird nicht zur Zerschlagung der gewaltlos agierenden Protestbewegung eingesetzt. Egon Krenz wollte sich nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober – aus „gesundheitlichen Gründen“ legte er sein Amt nieder – an die Spitze der Reformbewegung stellen, um ihr die Spitze zu nehmen. Doch Krenz besaß bei den Massen keinen Kredit („Zu dumm zu addieren, aber ein ganzes Land regieren“). Auf dem Alexanderplatz fand im Osten Berlins am 4. November mit rund einer Million Menschen die größte nicht vom Staat initiierte Kundgebung statt. Die einst Ohnmächtigen bekamen Macht, die bisher Mächtigen erfuhren bald Ohnmacht.

Die Mauer wurde schließlich am 9. November aus demselben Grund geöffnet, aus dem sie am 13. August 1961 entstand: um die Macht der Herrschenden zu sichern. Was 1961 einigermaßen gelang (die DDR stabilisierte sich in der Folgezeit etwas), misslang 1989: Die DDR verlor die letzten

Reste ihrer Stabilität. „Wahnsinn“ – so lautete „das“ Wort für das als unfassbar Geltende. Am 1. Dezember 1989 tilgte die undemokratisch zustandegekommene Volkskammer die „führende Rolle der SED“ aus der Verfassung; am 7. Dezember tagte in Ost-Berlin der „Zentrale Runde Tisch“ zum ersten Mal. „Neue“ und „alte“ Kräfte kamen in gleicher Anzahl zusammen. Die DDR begann sich in einem atemberaubenden Tempo zu demokratisieren.

Die Ursachen für den Umsturz sind vielfältiger Natur. Die DDR war weder demokratisch legitimiert noch ökonomisch stabil. Erst der offenkundig sowjetische Rückzug – die Aufgabe der Breschnew-Doktrin – ließ den Protest anschwellen. Die Staatsführung stand ohne Rückendeckung da und verzichtete auf den Einsatz militärischer Mittel. Was Leonid Breschnew Erich Honecker 1970 gesagt hatte, entsprach der Wirklichkeit: „Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“

Der blasse Begriff „Wende“ für den gewaltigen (nicht: gewaltsamen) Umbruch bürgerte sich in der DDR schnell ein, obwohl ihm Opportunismus anhaftet, wie dies im Begriff des „Wendehalses“ anklingt, der seinerzeit hohe Bekanntheit genoss. Man „wendet“ sich zum Beispiel, weil der Wind aus einer anderen Richtung bläst. Ähnlich verräterisch ist der Topos „aus heutiger Sicht“, der Anfang der 1990er Jahre eine weite Verbreitung erfuhr. Egon Krenz, der Nachfolger Erich Honeckers, sprach in seiner Antrittsrede am 18. Oktober 1989 von einer nötigen „Wende“ durch die SED: „Fest steht: Wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen.“ Offenkundig

stand Krenz der Begriff der „Perestroika“ (Umbau) vor Augen. Das griffige Wort von der „Wende“ setzte sich bei der Bevölkerung schnell durch, auch bei denjenigen, die darunter nicht bloß kosmetische Korrekturen wie Krenz verstanden, sondern einen fundamentalen Systemwechsel. Es waren gerade seine Kritiker, die eine wirkliche „Wende“ anmahnten. Viele mokierten sich über den Opportunismus einst Staatstreuer. Bis heute ist „Wende“ derjenige Begriff, der für die meisten Ostdeutschen den fundamentalen Wandel des Herbstes 1989 am besten einfängt.

Tatsächlich ist „Wende“ kein überzeugender Terminus für die gravierenden Umbrüche im Herbst 1989: nicht deshalb, weil Egon Krenz ihn aufgebracht hat. Schließlich besetzt dieser in seinem Buch „Wenn Mauern fallen“ (1990) auch den Begriff von der „friedlichen Revolution“ (im Untertitel). Mehr noch: Krenz spielt sich zum Verantwortlichen für den friedlichen Verlauf auf. Wer an Regierungswechsel in einem demokratischen Verfassungsstaat denkt, kann den Begriff „Wende“ mit Fug und Recht gebrauchen. In der Bundesrepublik gab es solche „Wenden“ 1969, 1982 (Helmut Kohl sprach von einer „geistig-moralischen Wende“) und 1998. In jenem Jahr vollzog sich zum ersten (und bisher zum letzten) Mal ein ungefilterter Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland. Die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne gelangten in die Regierung, die beiden Regierungsparteien in die Opposition. Im Herbst 2005 kam es zu einer halben „Wende“, ebenso im Herbst 2009. Ein Systemwechsel kann schwerlich eine bloße „Wende“ sein, wohl aber ein Regierungswechsel innerhalb eines Systems. Die Massivität der Veränderungen wird durch eine bloße „Wende“ nicht abgedeckt.

Ausgerechnet die Staatssicherheit, die zumal in den 1980er Jahren flächendeckend schnüffelte, verhielt sich in der Phase des Umbruchs abwartend und griff nicht aktiv in den politischen (Verfalls-)Prozess ein, hatte allerdings in

den oppositionellen Gruppierungen ihre Informanten untergebracht. Sie war kein „Staat im Staate“, sondern der allmächtigen SED untergeordnet. Weil diese ideologisch entkräftet und gelähmt war, agierte auch die Staatssicherheit nicht. Sie, die alle oppositionellen Gruppierungen unschädlich machen sollte, blieb eigentümlich passiv. Die ostdeutsche Diktatur konnte sich offenkundig nicht mehr auf die Bajonette der Sowjetunion verlassen wie bei der Niederschlagung der Volkserhebung am 17. Juni 1953.

Der analytisch nicht sonderlich tragfähige Begriff der „Wende“ hat immerhin einen Vorteil: Der vage Terminus lässt offen, ob die Vorgänge stärker auf den Niedergang der alten Machthaber zurückgehen („Zusammenbruch“) oder auf die Entschlusskraft ihrer Gegner („Systemsturz“). Beides traf zu, wie immer die Forschung die Akzente setzt. Timothy Garton Ash, der brillante britische Chronist der (ost-)mitteleuropäischen Vorgänge Ende der 1980er Jahre, spricht von „Refolutionen“, um den Mischcharakter der damaligen Ereignisse zu betonen.

Hat sich bei der Bevölkerung (im Osten mehr als im Westen) „Wende“ durchgesetzt, so in der wissenschaftlichen Literatur der eher sperrige Begriff von der „friedlichen Revolution“. Mit „Revolution“ ist die Umwälzung aller Verhältnisse gemeint, die auf die tragende Rolle von Gegnern des Systems zurückgeht und nicht auf die Schwäche der Herrschenden („Implosion“); das Epitheton „friedlich“ soll eine positive Bewertung der revolutionären Geschehnisse signalisieren. Der friedliche Verlauf, und das ist die Kehrseite, hat freilich die spätere Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen der Diktatur erschwert und „Ostalgie“ erleichtert.

Die Massivität des positiv zu bewertenden Systemwechsels steht außer Frage. Wer von einer „Wende in der Wende“ spricht, benutzt eine verräterische Formulierung. Der „Freiheitsrevolution“ folgte die „Einheitsrevolution“. In-

sofern handelt es sich nicht um eine „Wende in der Wende“, wird doch damit suggeriert, dass die zweite „Wende“ die erste „Wende“ aufgehoben habe. Tatsächlich ist die zweite Entwicklung die logische Folge der ersten. Freiheit ermöglichte die Einheit des Landes. In der Tschechoslowakei hingegen ermöglichte Freiheit die Teilung des Landes.

Bald nach Öffnung der Mauer änderten die Massendemonstrationen ihren Charakter: Die Losung „Wir sind das Volk“ schlug in die Losung „Wir sind ein Volk“ um. Ein „neues Experiment“, eine Art „dritter Weg“, kam für die meisten DDR-Bürger nicht in Frage. Der öffentlichkeitswirksame Aufruf „Für unser Land“ von einigen Repräsentanten aus dem Kulturleben, der Kirche und der Opposition wollte den Weg zur deutschen Einheit aufhalten – vergebens: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas *eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik* zu entwickeln.“ Hohe Funktionäre der SED schlossen sich diesem Aufruf an. „Deutschland einig Vaterland“ – diese Wendung aus der DDR-Nationalhymne war die beherrschende Parole auf den Kundgebungen zu Ende des Jahres 1989 und zu Beginn des Jahres 1990.

Nach der ersten und letzten demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990, die mit einem klaren Sieg der von der CDU dominierten „Allianz für Deutschland“ endete, beschleunigte sich der Kurs in Richtung Einheit. Es war nicht „der“ Westen, sondern „der“ Osten, der das hohe Tempo vorgab. Staatsvertrag, Wahlvertrag und Einigungsvertrag wurden in kürzester Zeit verabschiedet. Die demokratisch gewordene DDR trat der Bundesrepublik bei. Am 3. Oktober 1990, kein Jahr nach dem 40. Jahrestag der Diktatur auf deutschem Boden, war Deutschland wiedervereint, das künstliche DDR-Gebilde damit am Ende. Es gelang nicht zuletzt der Politik Helmut Kohls, schnell außenpolitische Hindernisse auf dem Weg zur deutschen

Einheit zu überwinden. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen wurde nach anfänglicher Skepsis international anerkannt.

Im Herbst 1989 brach eine kommunistische Diktatur zusammen. Sie hatte niemals die Bevölkerung auf ihrer Seite, auch wenn dies Wissenschaftler aus dem Umfeld der (einstigen) PDS zu suggerieren suchten. In dem ersten Moment, in dem sich dank einer günstigen außenpolitischen Konstellation die Chance bot, das diktatorische Regiment abzuschütteln, machte die Bevölkerung davon Gebrauch. Wie immer man die Vorgänge des Herbstes 1989 benennt: Sie wurden nicht von der „Partei der Arbeiterklasse“ initiiert, sondern gegen sie, auch nicht von den „Blockparteien“. Das Regime, das ohne Legitimation blieb, betrieb Nachtrapolitik. Das nützte ihm nichts. Selbst der Versuch, mit Hilfe antifaschistischer Parolen den Weg zur deutschen Einheit aufzuhalten, fruchtete nicht.

Der Sturz der SED fügte sich in den Sturz anderer kommunistischer Systeme ein. Der Fall der Mauer symbolisierte das Ende des kommunistischen Herrschaftsapparates wie der (mythisch überhöhte) „Sturm auf die Bastille“ das des *Ancien Régime*. 1989 ist ebenso ein Revolutionsjahr wie 1789. Was sich im „deutschen Herbst“ 1989 vollzog, war ein Systemwechsel – von einer kommunistischen Diktatur, nach einem kurzen Übergangsstadium, zu einer parlamentarischen Demokratie. Eine friedliche Revolution hielt Einkehr. Binnen kurzem fegte eine *Levée en masse* die Herrschenden weg, ohne dass ein Schuss fiel. Und ebenso schnell folgte der Freiheitsrevolution die Einheitsrevolution. Wir erlebten einen Gezeitenwechsel.

Literatur

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. – München: Beck, 2009.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. – München u. a.: Piper, 2008.

Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. – München: Beck, 2009.

Schuller, Wolfgang: Die deutsche Revolution 1989. – Berlin: Rowohlt Berlin, 2009.